



Demographietyp 7:

Prosperierende Städte und Gemeinden im ländlichen Raum

Insgesamt sind diesem Cluster¹ 165 Städte zugeordnet.

Die Beschreibung der Handlungsempfehlungen für diesen Demographietypen stellt einen Orientierungsrahmen für die Kommunen dar. Sie basieren auf einer Analyse der charakteristischen Ausprägung sozio-ökonomischer und demographischer Indikatoren. Dies ersetzt nicht die individuelle Betrachtung jeder einzelnen Kommune. Spezifische Strategien müssen vor Ort entwickelt werden.

Wiss. Begleitung: Katrin Fahrenkrug, Institut Raum & Energie, Wedel/Hamburg

Ansprechpartner Bertelsmann Stiftung: Carsten Große Starmann und Petra Klug

1. Räumliche Einordnung

Die 165 Kommunen in Cluster 7 sind überwiegend ländlich geprägt. Die meisten liegen nicht in unmittelbarer Nähe der großen Städte. Kleinere Gemeinden sind überproportional stark vertreten. Nur drei Kommunen haben mehr als 25.000 Einwohner und fast 70 Prozent weniger als 10.000. Die prosperierenden ländlichen Gemeinden weisen eine ähnliche räumliche Lage auf wie die stabilen ländlichen Gemeinden des Clusters 5. Während die Gemeinden des Clusters 6 die ländlich-peripheren Räume repräsentieren, befinden sich die ländlichen Gemeinden der Cluster 7 (und 5) tendenziell zwar auch abseits der großen Städte, verfügen tendenziell aber über eine bessere Anbindung an die überregionale Verkehrsinfrastruktur als die Gemeinden aus Cluster 5.

Nur sechs Gemeinden des Clusters liegen in Ostdeutschland. 56 Prozent der Kommunen befinden sich in Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. In diesen südlichen Bundesländern sind sie relativ gleichmäßig verteilt.

¹ Die Begriffe „Cluster“ und „Demographietyp“ werden im Text synonym verwendet.

2. Charakteristische Entwicklungen

Die demographischen Entwicklungen der Kommunen ähneln denen des Clusters 5. Die Bevölkerung wächst und wird auch bis zum Jahre 2020 weiter wachsen. Ein wesentlicher Grund für die vergleichsweise hohe Bevölkerungszunahme ist die deutlich überproportionale Zuwanderung von Familien. Leicht überdurchschnittliche Geburtenraten, ein hoher Anteil an Haushalten mit Kindern, überproportional viele Kinder und Jugendliche sowie ein verhältnismäßig niedriger Anteil der über 60- und über 80-Jährigen verlangsamen den Alterungsprozess.

Bei diesen prosperierenden ländlichen Gemeinden fällt im Unterschied zu den stabilen ländlichen Gemeinden des Clusters 5 ihre höhere ökonomische und demographische Dynamik auf. Obwohl sie eine große Bedeutung als Wohnort haben, können diese Gemeinden auf einen sehr starken Anstieg der Arbeitsplätze in den letzten Jahren aufbauen. Dies trägt dazu bei, dass neben den Familien auch die Berufseinsteiger und Bildungswanderer, d. h. die 18- bis 24-Jährigen, zuwandern.

Starkes Bevölkerungswachstum

Die Einwohnerzahlen der Gemeinden sind zwischen 1996 und 2003 mit 7,5 Prozent um 5 Prozent stärker gewachsen als im Mittel aller Cluster. Wenngleich etwas abgeschwächt, wird sich diese Entwicklung auch in Zukunft fortsetzen. Entgegen dem allgemeinen Trend, wonach die Bevölkerung der Kommunen zwischen 5.000 und 100.000 Einwohnern voraussichtlich bis 2020 im Mittel um 0,7 Prozent zurückgehen wird, steigen die Einwohnerzahlen der Gemeinden dieses Clusters im gleichen Zeitraum um durchschnittlich 4,7 Prozent.

Für mehr als die Hälfte dieser Kommunen wird bis 2020 weiteres Wachstum erwartet, für nahezu 20 Prozent werden die Steigerungsraten sogar über 10 Prozent liegen. Für lediglich 12 Prozent von ihnen sind Verluste prognostiziert. Diese werden aber 5 Prozent kaum überschreiten. Damit liegen die Bevölkerungszuwächse deutlich höher als z. B. die aktuellen und zukünftigen Entwicklungen der stabilen Städte und Gemeinden im ländlichen Raum mit hohem Familienanteil des Clusters 5.

Das Bevölkerungswachstum der letzten Jahre war in erster Linie das Ergebnis von Zuwanderungen. Etwa 80 Prozent der Kommunen verzeichneten bei den Familien erhebliche Wanderungsgewinne: Im Durchschnitt nahm die Altersgruppe der 30- bis 49-Jährigen zusammen mit den Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren zu.

Darüber hinaus gab es auch bei den 18- bis 24-Jährigen eine leicht positive Wanderungsbilanz. Allerdings hatten nur 40 Prozent der Kommunen überhaupt einen positiven Wanderungssaldo in dieser Altersgruppe, während fast 50 Prozent hier Verluste hinnehmen mussten.

Junge Bevölkerung und moderate Alterungsprozesse

Die Bevölkerung der Gemeinden in Cluster 7 ist vergleichsweise jung. So beträgt der Anteil

der Kinder und Jugendlichen (unter 18 Jahren) durchschnittlich 21 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Dies sind 2 Prozent mehr als im Durchschnitt aller untersuchten Städte und Gemeinden unter 100.000 Einwohner.

Der Anteil der über 60-Jährigen liegt dagegen mit fast 22 Prozent um 2 Prozent unter dem Durchschnitt aller Cluster. Bis zum Jahr 2020 sinkt der Anteil der Kinder und Jugendlichen auf 16,4 Prozent, das heißt, er beträgt nur noch 1 Prozent mehr als der Durchschnitt aller Cluster. Die über 60-Jährigen werden dann einen Bevölkerungsanteil von 29 Prozent haben, der aber immerhin noch mehr als 3 Prozent unter dem Durchschnittswert aller Cluster liegt.

Gleichzeitig wird sich der Anteil der über 80-Jährigen gegenüber 2003 verdoppeln und beträgt dann nahezu 7 Prozent. Während nur jeder vierte Haushalt ein Einpersonenhaushalt ist, sind fast 45 Prozent Mehrfamilienhaushalte mit Kindern. Somit sind die Einpersonenhaushalte relativ schwach und die Mehrfamilienhaushalte mit Kindern überproportional stark vertreten. Die Haushaltsstruktur entspricht traditionsgemäß dem Muster von kleinen ländlichen Gemeinden.

Wie in den vergangenen Jahren wird die Alterung hier voraussichtlich auch mittelfristig relativ langsam verlaufen. Die Altersgrenze, welche die Bevölkerung in zwei gleich große Gruppen teilt (Medianalter), wird bis 2020 von 39 Jahren um fast acht Jahre ansteigen. Die Hälfte der Bevölkerung wird dann über 47 Jahre alt sein.

Sehr positive Arbeitsplatzentwicklung

Die Kommunen dieses Clusters sind – typisch für Gemeinden im ländlichen Raum – überwiegend Wohnorte, aus denen die Berufstätigen auspendeln. Nur 12 Prozent haben Einpendlerüberschüsse und damit die Funktion eines regionalen Wirtschaftszentrums. Traditionsgemäß wohnen in den ländlichen Gemeinden weniger hoch qualifizierte Arbeitskräfte und die Frauenerwerbstätigkeit ist gering. Die Arbeitsplätze dieser Gemeinden gehören zu 58 Prozent dem Dienstleistungssektor und zu 40 Prozent dem verarbeitenden Gewerbe an. Diese Verteilung entspricht dem Durchschnitt aller Städte und Gemeinden zwischen 5.000 und 100.000 Einwohnern.

Die kommunalen Steuereinnahmen von knapp über 600 Euro pro Einwohner (gemittelter Wert aus den Jahren 2000 bis 2003) entspricht ebenfalls dem Durchschnitt aller Cluster. Ähnlich wie bei den Städten und Gemeinden des Clusters 5 konzentrieren sich die Kommunen mit geringen finanziellen Handlungsspielräumen allerdings in bestimmten Regionen Deutschlands. So liegen elf der zwölf Kommunen mit sehr niedrigen kommunalen Steuereinnahmen von durchschnittlich weniger als 400 Euro pro Einwohner und Jahr entweder in Niedersachsen oder in Ostdeutschland.

Bei den prosperierenden ländlichen Gemeinden fällt im Unterschied zu den stabilen ländlichen Gemeinden des Clusters 5 die höhere ökonomische Dynamik auf. Unterstützt durch eine bessere Anbindung an die überregionale Verkehrsinfrastruktur ist die sehr positive Arbeitsplatzentwicklung ein charakteristisches Merkmal der Gemeinden dieses Clusters.

Zwischen 1998 und 2003 konnten ausnahmslos alle Gemeinden die Zahl ihrer Arbeitsplätze steigern. Dieses Wachstum war mit durchschnittlich 31,6 Prozent – mit Ausnahme der fünf exklusiven Standorte des Clusters 9 – der stärkste Anstieg aller Cluster. Dies trägt dazu bei, dass neben den Familien auch die Berufseinsteiger und Bildungswanderer, also die 18- bis 24-Jährigen, geringfügig zuwanderten. Die relativ niedrige Arbeitslosenquote von durchschnittlich 8 Prozent liegt allerdings nur leicht unter der Arbeitslosigkeit der stabilen Städte und Gemeinden des Clusters 5 (8,8 Prozent).

3. Herausforderungen für die Kommunen im Demographietyp 7

Den Städten und Gemeinden dieses Clusters geht es überdurchschnittlich gut. Dies gilt für ihre sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen ebenso wie für die demographische Entwicklung. Diese Kommunen sind damit in der komfortablen Situation, ohne akuten Handlungsdruck ihre weitere Entwicklung positiv gestalten zu können. Sie haben die Chance, den Wandel der Bevölkerung frühzeitig und aktiv zu gestalten und möglichen sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen exemplarisch vorzubeugen.

Das größte Risiko für diese Städte und Gemeinden liegt darin, ohne akuten Handlungsdruck diese Chance und Verantwortung nicht frühzeitig anzunehmen und trotz der härter werdenden Standortkonkurrenz zu sehr auf weiteres eigendynamisches Wachstum zu vertrauen. Das gilt vor allem aufgrund der starken Abhängigkeit dieser abseits der großen Städte liegenden Kommunen vom regionalen Arbeitsmarkt, der Zuwanderung und der Veränderung äußerer Rahmenbedingungen (z. B. Wegfall der Eigenheimzulage, Kürzung der Pendlerpauschale). Daraus erwachsen folgende Herausforderungen:

- Die Gemeinden in Cluster 7 haben durch ihre positive Arbeitsplatzentwicklung die zusätzliche Chance, Familien und junge Arbeitnehmer noch stärker an den Standort zu binden (Aktuell verzeichnen sie sogar noch eine Zunahme der Altersklasse der 18- bis 24-Jährigen). Sie müssen dazu die Kinder- und Familienfreundlichkeit als Standortfaktor weiter ausbauen und eine enge Zusammenarbeit der Betriebe und der Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen suchen.
- Es empfiehlt sich ein leistungsfähiges – auch regional abgestimmtes – Monitoring, um vorausschauend und flexibel auf sich verändernde Trends reagieren zu können.
- Die Sicherung der Attraktivität als Wohnstandort und mit der regionalen Entwicklung abgestimmte Wachstumsziele sind zentrale Herausforderungen für die Städte und Gemeinden dieses Clusters.

4. Handlungsempfehlungen für die Kommunen im Demographietyp 7

Aufgrund der beschriebenen Herausforderungen sollten für die Kommunen in Cluster 7 folgende Handlungsansätze im Vordergrund stehen:

1. Sensibilisierung und strategische Zukunftsvorsorge

Die Städte und Gemeinden dieses Clusters haben über Jahre ein dynamisches Wachstum erlebt. Viele Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Verantwortlichen in Verwaltung und Kommunalpolitik haben sich an diese Entwicklung „gewöhnt“ und handeln in der Erwartung, dass sich der Trend fortsetzen wird. Dies kann dazu führen, dass Anzeichen für Trendbrüche, externe Abhängigkeiten und ein Nachlassen des Wachstums übersehen oder fehlgedeutet werden. Besondere Beachtung verdient hier das Thema Familienfreundlichkeit – bislang ein fester Eckpfeiler der Erfolgsgeschichte dieser Kommunen. Künftig werden alle Städte und Gemeinden verstärkt um die Zielgruppe „Junge Familien“ konkurrieren. In dieser Konkurrenz wird eine laufende Qualifizierung des Angebotes erforderlich. Ähnliches gilt für die demographische Alterung, welche zwar mit Zeitverzögerung, aber unvermeidbar Thema werden muss.

Deshalb ist diesen Städten und Gemeinden dringend zu empfehlen, Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger für die Zukunftsbedeutung des Themas zu sensibilisieren, Trends zu beobachten und die Entwicklungs- und Wachstumsziele laufend kritisch zu überprüfen.

Handlungsempfehlungen:

1.1 Monitoring: Trends und Entwicklungen beobachten

Zukunftsrobuste Entwicklungsstrategien basieren auf realistischen Analysen der Ausgangslage und der regionalen und lokalen Trends. Aufgrund der Dynamik demographischer, wirtschaftsstruktureller und wohnungswirtschaftlicher Entwicklungen empfiehlt sich für die Kommunen dieses Clusters die Einführung von Frühwarn- und Kontrollsystemen, welche gesamt- und teilräumliche Entwicklungspfade sowie die Wirkungen von Planungen und Maßnahmen zeitnah abbilden. Problematische Trends und Entwicklungen können so frühzeitig erkannt und Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

1.2 Sensibilisierung: Informationen vermitteln

Zur Sensibilisierung von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft sollte eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden. Nur darüber sind frühzeitige Anpassungsmaßnahmen politisch und öffentlich vermittelbar. Eine solche Öffentlichkeitsarbeit kann beispielsweise in Form einer Vortrags- und Veranstaltungsreihe zu künftigen Entwicklungen, aber auch über Printmedien oder eine Internetplattform erfolgen.

Durch Mitwirkungsangebote für die lokalen Akteure werden Sensibilisierung und Akzeptanz gefördert. Gleichzeitig werden aus Nutzersicht ausgereifte Anpassungslösungen unterstützt und gesellschaftliche Kräfte mobilisiert. Zur Information und Beteiligung wird empfohlen, beispielsweise einen Runden Tisch „Zukunftsfähigkeit und Demographie“ mit VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft und gesellschaftlichen Gruppen einzurichten, der eine kontinuierliche frühzeitige Diskussion der kommunalen Zukunftsaufgaben gewährleistet. Wichtig ist, dass Politik und Verwaltung sich mit ihren Spitzen in dieser Diskussion beteiligen, um ein starkes bürgerschaftliches Engagement zu mobilisieren.

1.3 Strategische Entwicklungsplanung: Wachstum kontrollieren

Die Städte und Gemeinden sollten die gebotene Chance, Wachstum steuern zu können, aktiv nutzen und bei allen Planungen und Maßnahmen die Frage stellen und beantworten, ob weiteres Wachstum gewollt ist und auch mit den Folgekosten ökonomisch und sozial verträglich gestaltet werden kann oder ob (rechtzeitig) die Sicherung des erreichten Niveaus Vorrang haben sollte. Idealtypisch sollte sich die strategische Entwicklungsplanung auf eine fundierte Prognosen- und Szenarienmethodik stützen, bei der folgende Schritte unterschieden werden können:

- **Prognosen:**
Erstellung von Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung, zum Wohnungsmarkt, zur Siedlungsflächenentwicklung etc. Dabei sollten die zugrunde liegenden Annahmen transparent gemacht und prinzipiell mit verschiedenen Varianten (z. B. obere, mittlere, untere) gearbeitet werden.
- **Kommunale Umfeldszenarien:**
Grundlage für die Erarbeitung der Umfeldszenarien bildet ein verwaltungsinterner informeller Erfahrungsaustausch über die unterschiedlichen Einschätzungen zur Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der kommunalen Entwicklung. Die Ergebnisse werden diskutiert und mit Prognosen zu – ggf. stadtteil- bzw. sozialstrukturspezifischen – Umfeldszenarien mit dem Ziel zusammengeführt, innovative Handlungsstrategien zu finden und durchzuspielen.
- **Handlungsfeldbezogene Wirkungsszenarien:**
Neben Umfeldszenarien unterstützen Wirkungsszenarien eine Diskussion über mögliche und notwendige Anpassungen und Veränderungen. Die Wirkungsszenarien werden in ausgewählten Handlungsfeldern erstellt, um mögliche Auswirkungen verschiedener Handlungsoptionen zu simulieren. Dabei werden Prioritäten ausgewählter Schlüsselprojekte aufgezeigt und zu zukunftsrobusten Strategien und Eventualstrategien zusammengeführt.

Beispielgebend dafür ist der **Landkreis Osnabrück**. Ausgehend von einer relativ guten Ausgangslage mit einer noch wachsenden jungen Bevölkerung stellen sich Politik und Verwaltung hier langfristig auf Stagnation und eine deutlich veränderte Altersstruktur ein. In einem gesamtstrategischen Konzept werden ressortübergreifende Handlungsfelder mit dem Ziel entwickelt, die Standortqualitäten auszubauen, die Einwohnerzahl langfristig zu stabilisieren und die Infrastrukturen an die Folgen der sich ändernden Altersstruktur anzupassen. Der Kreis übernimmt die Funktion eines Initiators und Moderators gegenüber den Kommunen. In einer übergreifenden Arbeitsgemeinschaft werden Handlungsprioritäten definiert, konkrete Projekte festgelegt und kommunale Weichenstellungen aufgezeigt.

(www.demographiekonkret.aktion2050.de/Landkreis_Osnabrueck.49.0.html)

2. Bildung und Qualifizierung

Eine vergleichsweise junge Bevölkerung zeichnet die Städte und Gemeinden in Cluster 7 aus. Dieses wertvolle Potenzial gilt es mit größter Anstrengung als Zukunftschance zu nutzen. Hierzu muss neben der laufenden Verbesserung der Freizeit- und Beteiligungsangebote zur Förderung der Identifikation und Bindung der Jugendlichen an ihre Kommune das Bildungsangebot ausgebaut und qualifiziert werden. Auch wenn es sich bei den Kommunen in diesem Cluster überwiegend um Wohnstandorte mit einem deutlichen Auspendlerüberschuss und einem zumeist geringen Angebot an höher qualifizierten Arbeitsplätzen handelt, müssen sich die Verantwortlichen dieser Herausforderung stellen. Der Arbeitsplatzzuwachs vor Ort in Verbindung mit regionalen Kooperationen bietet gute Voraussetzungen für die Chance, einer verstärkten Abwanderung im Zuge der zu erwartenden schärferen Konkurrenzen um jüngere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entgegenzuwirken.

Für die Kommunen in Cluster 7 ergeben sich in diesem Kontext folgende Handlungsempfehlungen.

Handlungsempfehlungen:

2.1 Bildungsangebot: Qualität sichern

Auch die Kommunen in diesem Cluster müssen sich mittel- und langfristig wie fast alle Städte und Gemeinden auf kontinuierlich sinkende Schülerzahlen einstellen. Die frühzeitige pro-aktive Gestaltung dieser Entwicklung bietet die Chance, durch Bildungsoperationen, schulartübergreifende Zusammenarbeit und die Einbindung privater Träger nicht nur ein wohnortnahes Bildungsangebot sicherzustellen, sondern auch mittel- und langfristig qualitativ zu stärken.

2.2 Ausbildungsoperationen mit der lokalen Wirtschaft: Chancen nutzen

Die Jugendlichen als „Wirtschaftsfaktor“ müssen so lange wie möglich in der Region gehalten werden oder in der Region Perspektiven für eine Rückkehr vorfinden. Eine verbesserte Kommunikation zwischen Schulen und lokaler Wirtschaft zielt darauf ab, die regionale Leistungsfähigkeit bei der beschäftigungsadäquaten Qualifizierung junger Menschen zu stärken. Eine Abstimmung zwischen der schulischen Ausbildung und der lokalen Wirtschaft sollte in regelmäßigen Gesprächsrunden der Lehrerschaft mit Vertretern örtlicher Unternehmen und Vertretern der Elternschaft stattfinden und kommuniziert werden. Es müssen Anbieter (Unternehmen) und Nachfrager (Schulen) zusammengebracht werden.

Lehrerinnen und Lehrer sollten dafür gewonnen werden, sich in Intensiv-Werkstätten mit Wirtschaftsvertretern für die Vermittlung beruflicher Belange zu qualifizieren. Arbeitsschritte hierfür wären:

- Auswahl und Zusammenstellung engagierter Schulleiter und Wirtschaftsvertreter
- Bestimmung eines Spielmachers / Mentors der Diskussion

- Gemeinsame Erarbeitung von Inhalten und Formen der schulischen Vorbereitung

Das **Regionalprojekt Sachsen** zeigt beispielhaft Ansätze auf, alle Kräfte in der Region in Netzwerken zu bündeln, die für die berufliche Orientierung, Beratung und Bildung Verantwortung tragen. Auf diese Weise sollen Informationen ausgetauscht, Kooperationen gebildet und Synergieeffekte erreicht werden. Ziel ist es, Jugendliche möglichst lange in der Region zu halten, indem ihnen Perspektiven geboten werden. Qualifizierungsangebote werden mit der regionalen Wirtschaftsentwicklung abgestimmt, der Dialog zwischen Schulen in der Region und lokalen Unternehmen wird gefördert und die Ausbildungs- und Berufsberatung optimiert.

(www.regionalprojekt.de)

2.3 Innovationsmanagement: Wissen nutzen

Die Innovationsfähigkeit der regionalen Wirtschaft ist durch die besonders kleinteilige Wirtschaftsstruktur in Cluster 7 vor allem im gewerblichen Bereich erschwert. Eine gezielte Innovationsberatung zu ausgewählten Schwerpunktthemen stärkt die Innovationsfähigkeit der regionalen Wirtschaft und mobilisiert Wissen und Qualifikation in der Region. Die Städte sollten hierbei die Impulsfunktion wahrnehmen, um die Kammern, Weiterbildungseinrichtungen und Institute unternehmensbezogener Beratungs- und Transfereinrichtungen zu einer Innovationsoffensive zusammenzuführen.

3. Siedlungsentwicklung und interkommunale Kooperation

Die meisten Städte und Gemeinden in Cluster 7 erlebten in den zurückliegenden Jahren nicht nur ein deutliches Bevölkerungswachstum, sondern auch einen überdurchschnittlichen Anstieg ihres Arbeitsplatzangebotes. Umso schwieriger ist es, diese Städte und Gemeinden davon zu überzeugen, ihre künftige Entwicklung behutsam von einer dynamischen Wachstumspolitik zu einer qualitätvollen Innenentwicklung umzusteuern.

Die Konzentration der Siedlungsentwicklung wird langfristig auch für diese dynamischen Gemeinden die Voraussetzung sein, in Anbetracht immer stärker begrenzter finanzieller Spielräume und veränderter Nachfragestrukturen, die öffentliche oder privat getragene technische und soziale Infrastruktur auf Dauer qualitativ zu sichern.

Unter den Rahmenbedingungen der demographischen Entwicklung hat die Gleichung, dass quantitatives Wachstum Wohlstandswachstum bedeutet, ihre Berechtigung verloren. Ein flächenintensives Wachstum führt zu überproportional hohen Infrastrukturfolgekosten und Amortisierungsrisiken. Alle Städte und Gemeinden sind deshalb gefordert, zunächst ihre Innenentwicklungspotenziale zu nutzen. Letztlich ist Siedlungsentwicklung aber immer nur in regionalem Maßstab erfolgreich zu steuern.

Stichworte wie Pendlerpauschale oder Eigenheimzulage zeigen, wie schnell sich Rahmen-

bedingungen und damit Wachstumsvoraussetzungen ändern können. Es empfiehlt sich deshalb dringend, die regionale Kooperation rechtzeitig zu festigen, bevor durch veränderte Rahmenbedingungen Flächen- oder Infrastrukturkonkurrenzen bereits eingetreten sind.

Handlungsempfehlungen:

3.1 Flächenmanagement in regionaler Verantwortung betreiben

Ein zentraler Aufgabenbereich der interkommunalen Kooperation unter den Vorzeichen der demographischen Entwicklung gerade in Wachstumsregionen ist ein regionales Flächenmanagement. Hier besteht das größte Risiko, dass alle Gemeinden von dem Wachstum zu profitieren suchen (was legitim ist) und dabei Überkapazitäten und eine Siedlungsstruktur mit einer sehr flächenintensiven, teuren Infrastruktur entsteht, die langfristig alle Kommunen und ihre Bewohner schädigt (z. B. durch hohe Gebührenbelastung und sinkende Immobilienverkaufspreise).

Vor allem Zentren und Umland müssen sich deshalb auf bedarfsgerechte Flächenausweisungen verständigen, um gemeinsam die Infrastrukturfolgekosten beherrschen zu können. Regionales Flächenmanagement wird als freiwillige Kooperation benachbarter Kommunen betrieben und umfasst verschiedene Instrumente zur Realisierung einer ressourcenschonenden und bedarfsgerechten regionalen Bodennutzung.

Zu den Kooperationsanreizen gehört die Möglichkeit der Kompensation von Flächendefiziten, die Vermeidung von Überangeboten, Vermarktungsvorteile, die Minderung sowohl von Erschließungskosten als auch der Neuinanspruchnahme von Freiflächen sowie eine bessere Auslastung der bestehenden technischen und sozialen Infrastruktur. Vielfach werden diese Anreize nicht genügen, um etabliertes „Kirchturmdenken“ zu überwinden. Dann muss über ein finanzielles Ausgleichsmodell nachgedacht werden, wie es im Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg entwickelt wird (siehe Beispiel unter 3.3).

Zu den zentralen Aufgaben eines regionalen Flächenmanagements gehören:

- die Verständigung über Ziele und Leitbilder der regionalen Siedlungsentwicklung,
- die Aufstellung umsetzungsorientierter regionaler Siedlungskonzepte,
- die Auswahl der verträglichsten Strategie regionaler Baulandentwicklung mittels komplexer Folgenabschätzungen,
- der Abschluss von Zielvereinbarungen in Form von Verträgen, verbindlichen Plänen oder kollektiv bindenden Beschlüssen zur Umsetzung der Siedlungskonzepte.

- Flächenmanagement EXPO-Region

Im Städtenetz EXPO-Region bildet das Flächenmanagement für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung seit 1995 einen Schwerpunkt der interkommunalen Kooperation.

Der demographische Wandel ist aktuelle Richtschnur dieser Thematik.

(www.expo-staedtenetz.de – Allgemein > Gremien)

3.2 Siedlungsentwicklung: Zersiedelung vermeiden

Einer Zersiedelung der Kommune gilt es aktiv entgegenzuwirken und eine in den vorhandenen Strukturen integrierte Siedlungsentwicklung zu gewährleisten. Anzustreben ist ein harmonisches Nebeneinander von Neubauf Flächen und altem Siedlungsbestand.

- Bei allen Flächenausweisungen sind die Infrastrukturfolgekosten sorgfältig abzuschätzen.
- Innenentwicklung und Bauen im Bestand sind der Außenentwicklung vorzuziehen.
- Mit einer Konzentration der Siedlungsentwicklung auf die Innenentwicklung kann und muss zugleich die Qualitätsverbesserung des Bestandes und damit die Stärkung der Vitalität der Innenstädte verbunden werden.
- Die Konzentration auf zentrale Orte und Siedlungskerne ist zu favorisieren.

3.3 Partner suchen, Strukturen ausbilden

Die Städte sollten feste interkommunale Kooperationsbeziehungen mit Nachbarstädten und/oder ihren Umlandgemeinden aufbauen. Dazu bedarf es einer beständigen Organisationsstruktur.

Entscheidende Kriterien für jede erfolgreiche Kooperation sind:

- Die Kooperation muss auf „gleicher Augenhöhe“ bei Gleichberechtigung aller Partner erfolgen.
- Von Anfang an müssen dauerhafte, verlässliche Kooperationsstrukturen eingerichtet werden, die durch die Chefebene getragen werden.
- Ziel ist es, konkrete Projekte zu realisieren, die allen Beteiligten Nutzen bringen, also sogenannte Win-win-Lösungen zu erzielen. Dies ist gerade unter den Vorzeichen des demographischen Wandels eine schwierige Gratwanderung, da hier Verzicht auf Entwicklungswünsche gefordert ist. Ein Ausgleichsmodell zur Überwindung dieses Grundproblems wurde bei der Gebietsentwicklungsplanung für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg entwickelt.

- Modell Vorteil-Lasten-Ausgleich im Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg

Grundidee des Rendsburger Modells ist es, nach Ausschöpfung der Ausgleichsmöglichkeiten im Rahmen sektorenübergreifender Win-win-Vereinbarungen und Erarbeitung eines grundsätzlich akzeptanzfähigen regionalen Flächenmanagementgerüsts verbleibende Vor- und Nachteile durch einen monetären Ausgleich abzu-

gelten. Dafür zahlen alle beteiligten Gemeinden Beiträge in einen regionalen Fonds entsprechend ihres im jeweiligen Berechnungszeitraum erzielten Einwohnerzuwachses. Mit dem so gespeisten „Struktur“-Fonds werden gemeinsame Leitprojekte für die Regionalentwicklung finanziert.

(Details unter www.buedelsdorf.de – Stichwort Planung & Wirtschaft / GEP)

Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, Maßnahmen zur Stärkung der Kinder- und Familienfreundlichkeit zu ergreifen und die Bausteine einer zukunftsorientierten Seniorenpolitik vor Ort in praktikable Modelle zu überführen. Nähere Ausführungen dazu finden sich in der Rubrik „Handlungskonzepte für zentrale Politikfelder“.

Dezember 2005